

N i e d e r s c h r i f t
über eine Sitzung der Gemeindevertretung Munkbrarup
am Dienstag, den 05. Dezember 2017 um 18.30 Uhr
im Feuerwehrgerätehaus Munkbrarup, St. Laurentiusweg

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte
2. Niederschriften über die Sitzung vom 15.11.2017;
hier: Beschluss über evtl. Einwendungen
3. Berichte der Ausschussvorsitzenden, der Delegierten und der Bürgermeisterin
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussfassung über eine Hebesatzsatzung 2018
6. Beratung und Beschlussfassung über eine Zweitwohnungssteuersatzung
7. Beratung und Beschlussfassung über eine Stellplatzsteuersatzung
8. Beratung und Beschlussfassung über die 5. Änderung der Hundesteuersatzung
9. Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung der Abwassersatzung
10. Antrag auf Fehlbetragszuweisungen
11. Gemeinschaftshaus St. Laurentiuswohnanlage
12. Verschiedenes
13. Bau-, Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten

Anwesende:

seitens der Gemeindevertretung:

Bürgermeisterin Margrit Jeben
Gemeindevertreterin Margrit Mohrbach
Gemeindevertreter Johannes Riechmann
Gemeindevertreter Karsten Goldbach
Gemeindevertreter Peter Faltin
Gemeindevertreter Hans-Nico Bahnsen
Gemeindevertreter Hans Thielsen
Gemeindevertreter Heiner Iversen
Gemeindevertreter Bernd Eichmeier

entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter Thomas Jessen
Gemeindevertreter Karsten Hansen

seitens der Amtsverwaltung:

Amtskämmerer Günter Cordsen -zgl. als Protokollführer-

Beginn: 18.32 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Die Bürgermeisterin begrüßt die Gemeindevertreter/in sowie fünf Zuhörer und insbesondere den Seniorenbeiratsvorsitzenden Timm Heinrich. Sie stellt fest, dass gegen Form und Frist der Einladung keine Einwände erhoben werden und dass die Gemeindevertretung beschlussfähig ist.

Bürgermeisterin Margrit Jebesen stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 auf die Beratung nach den weiteren Punkten zu verschieben und unter Punkt 10 zu beraten, so dass die Punkte 6 – 10 die Tagesordnungspunkte 5 – 9 werden.

Einstimmiger Beschluss:

Die Tagesordnung wird dahingehend geändert, dass Tagesordnungspunkt 5 zu TOP 10 wird und die Punkte 6 – 10 werden 5 – 9.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte

Bürgermeisterin Margrit Jebesen stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 13 „Bau-, Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten“ in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

Einstimmiger Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 13 wird in nicht öffentlicher Sitzung beraten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**Niederschriften über die Sitzung vom 15.11.2017;
hier: Beschluss über evtl. Einwendungen**

Bürgermeisterin Margrit Jebesen weist darauf hin, dass das Protokoll nicht vorliegt. Herr Cordsen ergänzt, dass es die Sitzung vom 15.11.2017 war und das Protokoll noch im Diktat ist.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**Berichte der Ausschussvorsitzenden, der Delegierten und der
Bürgermeisterin**

3.1 Dorfausschuss

Ausschussvorsitzender Karsten Goldbach berichtet, dass er versucht, mit einer Kreisjugendpflegerin einen Termin abzustimmen, damit auf der nächsten Sitzung des Dorfausschusses ein Vortrag und Austausch zu jugendpflegerischen Maßnahmen stattfinden kann. Auf Nachfrage der Bürgermeisterin erläutert er,

dass der Punschnachmittag stattfindet und dass dafür noch tatkräftige Unterstützung gebraucht wird.

3.2 Finanzausschuss

Ausschussvorsitzender Hans-Nico Bahnsen weist darauf hin, dass der Finanzausschuss am 27.11.2017 getagt hat und dass zu Beginn der heutigen Sitzung die Niederschrift darüber verteilt worden ist. Die Beratungspunkte sind auf der heutigen Tagesordnung der Gemeindevertretung.

3.3 Umweltausschuss

Ausschussvorsitzender Heiner Iversen teilt mit, dass keine Sitzung stattgefunden hat. Er erinnert an die Beschlussfassung auf der letzten Gemeindevertreter-sitzung, wonach keine Strandgestaltung in Bockholmwik stattfinden soll bzw. dass diese verschoben wurde und er sah sich gefordert, diese Entscheidung den Beteiligten mitzuteilen. In dem Zusammenhang berichtet er über die Reaktionen und äußert sich enttäuscht darüber, dass die ursprüngliche Entscheidung, diese Maßnahme durchzuführen, auf Basis des Haushaltes 2017 erfolgte und nunmehr die Begründung angeführt wird, dass genau dieser Haushalt der Grund sei, dass diese Maßnahme nicht realisiert werden kann. Er sieht die Glaubwürdigkeit der Gemeinde gefährdet.

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin berichtet er von der Kindergartenausschuss-sitzung, in der es um den Haushalt 2018 ging. Die Anforderungen steigen und damit verbunden sind auch höhere Personalkosten. Allerdings hat der Kindergarten-ausschuss den vorgelegten Entwurf in vielen Punkten modifiziert. Auch berichtet Herr Iversen kurz über die am heutigen Tag stattgefundenen Gewässer-schau des Wasser- und Bodenverbandes.

Ergänzend stellt Herr Bahnsen klar, dass auch er für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Attraktivität in Munkbrarup ist, kann sich aber der Haltung des Herrn Iversen hinsichtlich der Beschlussfassung der Gemeinde-vertretung zu der Strandgestaltung in Bockholmwik nicht anschließen. Er sieht die Notwendigkeit, die Haushaltssituation der Gemeinde Munkbrarup zu verbessern, Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten und erläutert hierzu die bisherigen Entwicklungen und die Stellungnahmen der Kommunalaufsicht zu den vergangenen Haushalten.

Herr Thielsen weist noch darauf hin, dass die Bereitstellung von 200.000,00 Euro für die ursprünglich angedachte Strandneugestaltung in der Voraussetzung erfolgte, dass im Campingplatzbereich die erste Reihe am Strand geräumt wird. Da dies nicht erfüllt wurde, wurde über diese Angelegenheit erneut nachgedacht.

3.4 Bauausschuss

Ausschussvorsitzender Hans Thielsen berichtet, dass der Bauausschuss nicht getagt hat.

3.5 Seniorenbeirat

Der Vorsitzende Timm Heinrich berichtet von der letzten Veranstaltung, an der rund 30 Personen teilgenommen haben.

3.6 Bericht der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Margrit Jebesen berichtet von der Kindergartenausschusssitzung. U. a. wurde darüber gesprochen, dass die Fahrbücherei nunmehr den Kindergarten nicht mehr anfährt und die Bücherkiste nicht mehr dem Kindergarten bereitstellt. Im Kindergartenausschuss hatte sich Bürgermeister Volker Hatesaul bereit erklärt, mit der Fahrbücherei darüber ein Agreement zu verhandeln und es sieht jetzt so aus, dass die Fahrbücherei den Kindergarten wieder anfahren wird. Unklar blieb, zu welchen Kosten dies geschieht.

Frau Jebesen berichtet dann von der Verbandsversammlung der Zweckverbandes Kindertagesstätten Amt Langballig, in der es u. a. um die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 ging und auch die Elternbeiträge wurden diskutiert. Herr Thielsen ergänzt dazu die Haltung der Vertreter der Gemeinde Munkbrarup in dieser Sitzung der Meinung waren, dass die Kosten (gemeindlichen Anteil) pro Platz in der Krippe „Kuschel-Muschel“ nicht höher sein sollten als im Kindergarten Munkbrarup.

Die Bürgermeisterin berichtet dann von der Amtsausschusssitzung. Es wurde auch berichtet, dass der Holländerhof in Wees ein Wohnheim und evtl. auch eine Tagespflegestelle errichten wollen. Bekannt geworden ist auch, dass die Mürwiker Werkstätten den Standort Rabenholz mittelfristig aufgeben wollen. Im Weiteren berichtet sie von der Verbandsversammlung des Schwarzdeckenunterhaltungsverbandes Nord, von der Weihnachtsfeier der Schule und weist auf den „kleinen Weihnachtsabend“ hin.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Barendt empfindet die Verkehrssituation an der Kreuzung der B 199 als sehr gefährlich und regt an, dass über eine Ampelregelung nachgedacht wird.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: **Beratung und Beschlussfassung über eine Hebesatzsatzung 2018**

Herr Bahnsen berichtet aus der Finanzausschusssitzung vom 27.11.2017 und stellt fest, dass seit der Einführung der kaufmännischen Buchführung für die Gemeinde (2012) die Gemeinde jeweils Jahresfehlbeträge geplant hat. Die Realisierung dieser Fehlbeträge bedeutet eine Belastung für die zukünftigen Generationen, die seiner Meinung nach nicht hinnehmbar sind. In der Finanzausschusssitzung ging es im Tenor darum, die Voraussetzung für die Beantragung von Fehlbetragszuweisungen zu erfüllen. In dem Zusammenhang wurde eine Empfehlung des Innenministers zur Haushaltskonsolidierung herangezogen, um verschiedenste Möglichkeiten zur Verbesserung der Haushaltssituation zu beraten. U. a. fordert die Richtlinie für die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen Mindesthebesätze der Grundsteuern A und B.

Nunmehr sollen durch die vorgeschlagene Hebesatzsatzung diese Mindesthebesätze realisiert werden. Eine Hebesatzsatzung wird vorgeschlagen, damit noch eingehender über den Haushaltsentwurf 2018 beraten werden kann, aber trotzdem

für die Jahresanfangsbescheide schon die Entscheidung der Gemeinde eindeutig ist, welche Hebesätze in 2018 erhoben werden sollen.

Herr Thielsen weist darauf hin, dass die strukturellen Probleme auch in der kameralistischen Zeit schon vorhanden waren. Herr Iversen ergänzt, dass er dies im Zusammenhang sieht mit den eingeschränkten Möglichkeiten der Gemeinde. Die bauliche Erweiterung ist eingeschränkt durch die mangelnden Kontingente, eine weitere gewerbliche Ansiedlung ist planungsrechtlich ebenso eingeschränkt.

Einstimmiger Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die vorliegende Hebesatzsatzung für das Jahr 2018, mit der die Hebesätze der Grundsteuer A auf 370 %, der Grundsteuer B auf 390 % und der Gewerbesteuer auf 380 % festgesetzt werden.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über eine Zweitwohnungssteuersatzung

Herr Bahnsen berichtet erneut von den Beratungen im Finanzausschuss über eine Einführung einer Zweitwohnungssteuer. Für die derzeitige Kalkulation liegt die Vermutung zugrunde, dass von den derzeit in Munkbrarup angemeldeten Personen in 60 unterschiedlichen Nebenwohnungen, die alle nicht ihren Wohnsitz in Munkbrarup haben, etwa 50 % eine Zweitwohnung sein könnten. Dies würde zu Mehrerträgen von 20.000,00 Euro führen. Herr Bahnsen verweist auch auf die in den Empfehlungen des Innenministers vorgeschlagenen 12 % für die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer. Herr Cordsen ergänzt noch, dass nunmehr auch im Amtsbezirk Geltinger Bucht die Zweitwohnungssteuersatzung von einigen Gemeinden angepasst wurde. Dort ging es um eine Regelung für Wohnungseigentümer, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben. Eine solche entsprechende Regelung ist in dem Satzungsentwurf derzeit nicht geplant.

Einstimmiger Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die vorliegende Zweitwohnungssteuersatzung in der Form, wie sie dem *Originalprotokoll* beigelegt ist. Es wird damit ein Steuersatz von 12 % festgelegt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über eine Stellplatzsteuersatzung

Auch hier berichtet Herr Bahnsen von der Beratung im Finanzausschuss und stellt fest, dass es dort keinen Empfehlungsbeschluss für eine entsprechende Satzung zur Erhebung einer Steuer gab. Er erläutert die Hintergründe dafür und berichtet von dem Beschluss, dass zunächst die Verwaltung den Aufwand für die Erhebung der Steuer im Verhältnis zu den möglichen Erträgen für einen Zeitraum von 10 Jahren feststellt.

Herr Iversen weist darauf hin, dass die Zweitwohnungssteuer wie auch die Stellplatzsteuer dazu dienen, Personen zu einer Abgabe heranzuziehen, weil sie auch die Infrastruktur der Gemeinde nutzen. Die Gemeinde wiederum kann die Anzahl dieser Personen, z. B. beim Finanzausgleich, nicht geltend machen, weil dort nur die

Personen bei der Berechnung ausschlaggebend sind, die in der Gemeinde einen Hauptwohnsitz haben. Herr Iversen ergänzt aber auch, dass die Gemeinde froh sein sollte darüber, dass nunmehr der Campingplatzbetrieb nach einem wiederholtem Betreiberwechsel sich positiv entwickelt und er hält es für contra produktiv, nunmehr eine Stellplatzsteuer einzuführen.

Herr Thielsen trägt noch mal den Beschluss aus dem Finanzausschuss vor und erläutert diesen.

Einstimmiger Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass das Amt entsprechend den Hinweisen des Innenministers für Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zur Vorbereitung zum Erlass einer Stellplatzsteuersatzung die zu erwartenden Aufwendungen und Erträge für einen Zeitraum von 10 Jahren aufstellt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über die 5. Änderung der Hundesteuersatzung

Herr Bahnsen berichtet von den Diskussionen im Finanzausschuss über die Anhebung der Hundesteuer. Herr Iversen teilt mit, dass er bei der Kommunalaufsicht dahingehend nachgefragt hat, ob eine Anhebung der Hundesteuer zu einer Versagung der Fehlbetragszuweisung führen würde. Dies ist nicht der Fall. Allerdings bleibt der Anteil der nicht erhobenen Steuer pro Hund bis zur Höhe von 120,00 Euro im Jahr bei der Zuweisung unberücksichtigt. Die Entscheidung über eine Erhöhung hat seines Erachtens auch einen sozialen Aspekt. Er empfindet im Nachhinein der Beratungen aus dem Finanzausschuss es als widersprüchlich, die Hundesteuer auf 120,00 Euro anzuheben.

Herr Thielsen spricht sich auch gegen die Anhebung aus und führt als Argument den Vergleich zu anderen Gemeinden im Amtsbezirk an. Dem schließt sich Herr Riechmann an, während Herr Bahnsen für einen Haushaltsausgleich appelliert und dafür auch die Notwendigkeit sieht, die Erträge aus der Hundesteuer zu verbessern.

Herr Bahnsen stellt den Antrag, über den Beschlussvorschlag des Finanzausschusses abzustimmen.

Beschluss bei acht Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung:

Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Bahnsen stellt dann den Antrag, eine entsprechende Hundesteuersatzungsanhebung statt mit 120,00 Euro je Hund auf 90,00 Euro je Hund zu beschließen.

Beschluss bei einer Ja-Stimme, sieben Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung:

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung der Abwassersatzung

Bürgermeisterin Margrit Jebesen berichtet, dass aufgrund der Beratung in der Gemeindevertretung am 10.07.2017 nunmehr ein Satzungsänderungsentwurf vorliegt, um auch in den anderen Ortsteilen der Gemeinde Munkbrarup eine Niederschlagswasserabgabe zu erheben, sofern die Grundstückseigentümer das

Niederschlagswasser in die gemeindliche Einrichtung einleiten. Ferner dient die Satzungsänderung nun auch dazu, die unklare Situation hinsichtlich der Hauspumpstation zu regeln. Die Praxis ist derzeit anders, als die neue Satzung dies regelte.

Einstimmiger Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den zum Finanzausschuss vorgelegten Satzungsentwurf dahingehend zu ergänzen, dass die Hauseigentümer für die Hauspumpstation den elektrischen Anschluss der Pumpen für die Hauspumpstation bereit stellen und die Stromkosten, die durch die Pumpenschaltung verursacht werden, übernehmen. Im Übrigen beschließt die Gemeindevertretung die vorliegende 2. Änderungssatzung nebst Anlagen zur Abwassersatzung der Gemeinde Munkbrarup in der Fassung, wie sie dem *Originalprotokoll* beigefügt ist. Darauf werden dann auch die Niederschlagswasserabgaben für die Ortsteile Råde, Bockholmwik und Kragholm erhoben.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Antrag auf Fehlbetragszuweisungen

Herr Bahnsen stellt dann den Antrag, über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vor dem Hintergrund der in den vorherigen Tagesordnungspunkten geführten Diskussionen und Beschlüsse abzustimmen.

Herr Thielsen stellt den Antrag, die Beschlussempfehlung nicht zu übernehmen, sondern nur zu beschließen, dass Fehlbetragszuweisungen beantragt werden.

Einstimmiger Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Beantragung von Fehlbetragszuweisungen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Gemeinschaftsunterkunft St. Laurentiuswohnanlage

Bürgermeisterin Margrit Jebesen erklärt sich für befangen und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Thielsen und verlässt den Sitzungsraum.

Der stellv. Bürgermeister Hans Thielsen berichtet über die Diskussion im Finanzausschuss zu dem Thema des Ankaufes des Gemeinschaftshauses in der St. Laurentiuswohnanlage. Er stellt nochmal klar, dass die Kirche an die Gemeinde mit der Bitte um neue Vertragsverhandlungen herangetreten ist und diese erwartet eine Reaktion der Gemeinde. Die Gemeindevertretung hat am 15.11.2017 den Auftrag für ein Dorfentwicklungskonzept beschlossen und er hat den Eindruck gewonnen, dass zunächst die Ergebnisse aus dieser Konzepterstellung abgewartet

werden sollen, bevor weitere Verhandlungen mit der Kirche über den Ankauf des Gemeinschaftshauses geführt werden.

Herr Iversen erläutert, dass er aus der Einwohnerversammlung heraus den Eindruck gewonnen habe, dass der Anbau an das Feuerwehrgerätehaus favorisiert werde. Im Weiteren wird darüber sich ausgetauscht, dass zum damaligen Zeitpunkt eine Verhandlung mit der Kirche nicht weiter möglich war, dass ein Förderantrag für ein Gemeinschaftshaus gestellt werden sollte und dass dazu eine Konzeptionierung notwendig sei und dass unklar bleibt, ob die für die Konzepterstellung notwendigen Aufwendungen auch gefördert werden können.

Herr Thielsen stellt den Antrag zur Abstimmung:

„Aufgrund der Auftragsvergabe für ein Dorfentwicklungskonzept soll über den Ankauf eines Dorfgemeinschaftshauses erst entschieden werden, wenn das Konzept vorliegt.“

Beschluss bei fünf Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen:

Der Antrag wird angenommen.

Bürgermeisterin Margrit Jebesen nimmt wieder an der Sitzung teil und übernimmt die Sitzungsleitung.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Heiner Iversen weist darauf hin, dass der „kleine Weihnachtsabend“ am 16.12.2017 stattfindet und dass die Vorbereitungen dafür am 15.12.2017 vorgenommen werden und dass das Aufräumen am 17.12.2017 stattfindet und dass dafür Helfer herzlich willkommen sind.

Herr Bahnsen erinnert, dass im Finanzausschuss auch die Anregung gefallen ist, Paten für die Pflege von gemeindlichen Einrichtungen zu finden. Ferner weist er darauf hin, dass auch eine Forderung aufgestellt wurde, die Pflichten der Eigentümer aus der Straßenreinigungssatzung durchzusetzen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Bau-, Grundstücks- und Vertragsangelegenheiten

-Siehe gesonderte Niederschrift, nicht öffentlicher Teil.-

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt. Es nehmen keine Zuhörer mehr an der Sitzung teil. Die Bürgermeisterin gibt bekannt, dass unter Tagesordnungspunkt 13 ein Beschluss gefasst worden ist. Es wurde ein Einvernehmen für eine Bauvoranfrage versagt.

gez. Margrit Jebesen

gez. Günter Cordsen

.....
Margrit Jebesen
Bürgermeisterin

.....
Günter Cordsen
Protokollführer-jas